

Der oberschlesische Wanderer.

Der Wanderer erscheint wöchentlich am Sonntag.
Der im Voraus im entgeltlichen Bezugspreis be-
trägt bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich
60 Pf., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus,
bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Oberschlesische Zeitung.

Es werden Anzeigen die Grundzeile oder deren Raum
(50 mm) mit 15 Pf., die Einschlagzeile (100 mm)
mit 30 Pf., die Anschlagzeile mit 40 Pf., die Einzeile
mit 10 Pf. berechnet.

Verantwortlicher Redakteur: 16.

Alleiniges amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.
Allsonntäglich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt“ als Beilage.

Telegraphen-Adresse: Wanderer Gleiwitz.

No. 81.

Gleiwitz, Donnerstag, den 7. April 1898.

71. Jahrgang.

Der spanisch-amerikanische Konflikt verschärft sich.

Die wachsenden Demokraten und Republikaner werden bekanntlich nie müde, die Friedensliebe des Volkes gegenüber der Kriegslust der Kabinete zu feiern, und trotzdem viele Staatsmänner und Politiker schon oft nachgewiesen haben, wie falsch diese Ansicht sei, und dennoch an diesem Glaubenssatz festgehalten. Im Augenblicke scheint nun abermals eine Probe auf die Friedensliebe des Volkes gemacht zu werden, und wenn nicht alle Zeichen täuschend, wird sie wiederum zu Ungunsten des demokratischen Dogmas ausfallen. Die neuesten Nachrichten aus Washington melden nämlich, daß McKinley, dieser so vorsichtige und kühle Politiker, der gewiß alles versucht, um einen Krieg zu vermeiden, thätig von der Volksvertretung zum Beschließen gedrängt wird, und daß er wohl kaum der Erregung der Kammer gegenüber den Frieden wird aufrecht erhalten können. Damit dürfte sich abermals die Lehre von der Friedensliebe des Volkes als falsch erweisen, aber trotzdem wird sie nach wie vor in öffentlichen Kreisen fortleben.

Als charakteristisch für die Beurteilung der Gesamtlage lassen sich einige Einzelheiten aus einer Unterredung folgen, die jüngst im Londoner Hofe beglaubigter, Diplomat einem Correspondenten des „Neuen Wiener Tagblattes“ gewährte. Unter anderem erklärte er: „Das offizielle Spanien wünscht schließlich den Frieden, aber die ganze Nation ist ebenso entschlossen, falls es zum Kriege kommen muß, ihn bis aufs Messer zu führen. Von spanischer Seite wird der erste Schuß sicherlich nicht fallen. Beginn aber einmal der Krieg, dann ist das letzte Ergebnis und vor allem ein schnelles Ende nicht abzusehen. Er wird jahrelang dauern und wird Spanien wahrscheinlich ruinieren, denn seine Ressourcen sind ohnedies schon beinahe erschöpft, aber der Schaden, den solche mehrjährige Kriegführung, den Amerikanern zufügen wird, wird noch unermesslich größer sein. Spanien werde immer neue Regimenter aus der Erde zu schaffen, immer wieder den Kampf suchen und jede Regierung, jede Partei, die es wagen würde, einen Spanien nachgehenden Frieden zu schließen, würde von der Woge der Volksempörung im Nu weggespült werden. Amerika aber würde durch solch einen jahrelangen Krieg in Handel und Industrie unermesslichen Schaden erleiden. Im commerciellen Wettbewerb der Nationen um Jahrzehnte zurückgefallen werden. Das sollte Amerika bedenken, ehe es leichtfertig einen Krieg mit Spanien heraufbeschwört.“ Hieraus zeichnete der Diplomat mit einigen knappen, aber scharfen Strichen den spanischen Volkscharakter, den man viel zu wenig kenne. Die Spanier, so fuhr er fort, besitzt eine unüberwindliche Zähigkeit. In der harte sechshundert Jahre gegen die Mauren aus, gab sie nie nach und vertrieb schließlich die Eindringlinge. In Spanien holte sich Napoleon der Erste eine Niederlage. In einer Zeit, da Preußen, Oesterreich und Rußland ihren Streit gegen Napoleon aufgeben mußten, hielt sich Spanien brav. Nicht Wellington besiegte Napoleon in Spanien, sondern die spanische Volk erhob sich allein in Unabhängigkeit. Es gab keinen Jahreshund nicht sechs ununterbrochene Friedensjahre. Die spanische Volk besteht daraus aus geborenen Soldaten. Die Spanier ergänzte sich aus der fegeerwählten Bevölkerung der Küsten. Die Spanier die amerikanische Kriegsmacht besitzt, so mag ihre Regimenter vielleicht etwas größer sein, ihre Mannschafft besteht aus Söldlingen ohne Kriegserfahrung, die Spanien nicht ungestraft überlassen können. Darum fürchtet Spanien nicht den Krieg. Es hat und das Volk sehen sich geradezu danach. Die vorerwähnte Opern-Vorstellung in Madrid hat den Beweis geliefert. Die Spanier wurde der Preis der Siege geopfert, denn das Volk ist, daß die 80.000 Mann, die auf Cuba zu Grunde gingen, und die Millionen, die der Aufstand gekostet, nur durch die Unterstützung der Intelligenz teils der Amerikaner vermieden gegangen sind.“

Neuer ungenannte Diplomat, hinter dem wir wohl nicht mit dem spanischen Vorkämpfer am Londoner Hofe, Grafen Gálvez vermischen, fragt dann zum Schluß, ob Spanien nicht der gehen habe, statt 200.000 Mann auf Cuba verbluten zu lassen, die sofort an der langgestreckten, unbesetzten Küste der Vereinigten Staaten zu landen, um dem Feinde in seinem eigenen Land entgegenzutreten. Charakteristisch sind diese Aeußerungen gerade zumal sie den Widerstand Spaniens bis aufs Messer in Aussicht stellen und den Nachweis führen, daß viele Chancen zu Gunsten des spanischen Volkes in Betracht kommen, falls der Kampf mit den Vereinigten Staaten unvermeidlich sein sollte.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. April 1898.

In das Herrenhaus neu berufen ist auf Grund erblicher Rechte Graf Heinrich Yorck von Wartenburg auf Klein (Kreis Ohlau) als Nachfolger seines am 12. September 1897 verstorbenen Vaters.

Der Bundesrath hat einen Gesetzentwurf angenommen, welcher die Einführung des Reichs-Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 in den Reichslanden mit gewissen Modifikationen zum Gegenstande hat. Der Entwurf ist dem eslag-lothringischen Landesauschusses zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Um von jenseits der Grenze arbeitenden Einflüssen entgegenzuwirken, konnte das Reichs-Preßgesetz nicht in seinem ganzen Umfange auf die Reichslande ausgebeht werden. Es wurden denn auch Bestimmungen getroffen, welche nicht nur das Eindringen friedengefährdender Druckschriften zu verhindern im Stande sind, sondern auch die Druckschriften zu verbieten, welche im Lande selbst in fremder Sprache erschienen und bestimmt sind, deutschfeindliche Elemente zu sammeln, sie zu stärken und sie gegen die Festsetzung der Reichs-Macht, wenn auch ohne direkte Verletzung der Strafgesetze, zu wirken.

Das warme Abendbrot für die Mannschaften ist bei der Berliner Truppenkaserne seit dem 1. April durchweg eingeführt. Das dritte Regiment verabschiedet sich schon seit 3 Wochen aus dem Regiment als dreimal wöchentlich. Bei einigen

Regimentern wird die Einrichtung erst in den nächsten Tagen vollständig durchgeführt werden.

Reservierungen. Der Umfang der Uebungen des Beurtheilungsstandes ist in diesem Jahre nach den „Armeeverordn.“ veröffentlichten Angaben erheblich größer als in den letzten Jahren; es werden über 27.000 Reservisten mehr eingezogen als im Jahre 1897. Im Uebigen enthalten die Bestimmungen wenige Abweichungen von den bisherigen.

Somburg v. d. S., 5. April. Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen heute Nachmittag einen Ausflug nach der Saalburg und besichtigten daselbst unter der Führung des Bauraths Jacoby das Admer Castell, auf dessen Trümmern das Reichskriegsmuseum erbaut werden soll.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Nach dem Flottenplan soll die Kriegsmarine auf folgenden Stand gebracht werden: 15 Flagggeschiffe von 6000-9000 To. Detachement, 7 Kreuzer 2. Klasse von 4000-7000 To., 7 Kreuzer 3. Klasse von 1500-2500 To., 15 Torpedofahrzeuge von 360-600 To., 90 Torpedoboote von 360-600 To. Die Donauflotte soll um 3 Monitore und 6 Sarcouillenboote vermehrt werden. Die Schiffe sollen auf inländischen Werften gebaut werden, desgleichen sollen die Geschütze mit Ausnahme von einigen Geschützen, im Inlande hergestellt werden. Der Kostenanwand ist auf 55 Millionen Gld. veranschlagt und soll auf 10 Jahre vertheilt werden, außerdem soll das außerordentliche Marinebudget um jährlich 500.000 Gld. erhöht werden, zur notwendigen Vermehrung der Stabs- und der Mannschafftbestände.

In ministeriellen Kreisen gilt die Marine-Vorlage als zum größten Theile abgelehnt.

Italien. Fürst Bismarck sandte an Crispien eine Depesche, worin er ihm auspricht, er möge durch Schiffsbeschläge sich nicht beugen lassen, er geniesse die Achtung aller Völker, die seine Werte kennen und die seinen wahren Verth zu schätzen wissen.

Frankreich. Die Emile Zola gegenrührer „Parier-Journale“ rufen und loben wegen der Aufhebung des Urtheils durch den Cassationshof. Hocherz erklärt im „Antirépublicain“, daß wenn das Ministerium nicht dafür Sorge trage, daß Zola noch einmal rechtsgültig verurtheilt werde, so müsse es gewärtigen, daß alle Republikaner und nicht internationalistischen Socialisten, die ganze Armee, ein ansehnlicher Theil des Richterstandes und weitaus die Mehrheit der Bourgeoisie sich gegen die Verurtheilung erheben. Dagegen ist der Senator Arthur Mann der Ansicht, daß alle Drohungen der ehemaligen Militärpartei am Cassationshofe abfallen werden, und daß der Handel durch eine Haas-Note erledigt werden wird. Diese Note werde erklären, daß das Urtheil des Schurperichers nur wegen eines Normirers cassirt wurde, so verleihe die moralische Wirkung des Wahrspruches der Geschworenen gegen Emil Zola noch immer fort und haben folglich das Kriegsgesetz und der Große Generalsstabs vollkommene Geltung erhalten. In ähnlichem Sinne äußern sich auch Temps und Journal des Debats. Wenn das Verdict des Schurperichers, schreibt das ergebnisse Blatt, notwendig war, um die Ehre der Armee zu retten, so verliert dasselbe durch die mit einem Normirer begründete Aufhebung nichts von seiner Autorität und Bedeutung.

Frankreich. Die russischen Blätter reproduzieren einen Artikel des in Tokio erscheinenden Blattes „The Japan“, des Organes der japanischen Regierung, über die Lage in Ostasien, in welchem die Unzufriedenheit der leitenden Kreise Japans über die deutsche Besetzung Kiautschou und die russische Besetzung Port-Arthurs zum Ausdruck kommt. Das Blatt sagt unter Anderem, es beziehe sich auf ein internationales Recht, welches die europäischen Staaten untereinander anwendbar, in Bezug auf den fernem Osten aber nicht dieses Recht ganz anders gedeutet. Die Begriffe von Gleichheit und Gerechtigkeit seien in Bezug auf Ost-Asien verworren. In früheren Zeiten habe der Handel den Weg gezeigt, ihm folgten bewaffnete Mächte, um dem Handel Schutz zu gewähren; jetzt aber bahne die bewaffnete Macht dem Handel den Weg. Die Lebensfrage für Japan bestehe darin, zu wissen, wo die Grenze des aggressiven Programmes der europäischen Mächte im fernem Osten sei. Das Schicksal Chinas und Koreas sei bejagelt; die Unantastbarkeit dieser Staaten werde von Niemanden geachtet. Japan aber gehöre nicht zu jenen Ländern Ostasiens, mit welchen Europa nach Belieben verfahren könne.

Zum spanisch-amerikanischen Konflikt. Ungeachtet der andauernd widersprechenden Meldungen der zur Beilegung der Kriegsgefahr in Amerika-Hinterwälden Vermittelungs-Aktion bleibt dieselbe doch im Vordergrund des Interesses. Man erinnert sich jetzt einer vor einiger Zeit gesprächsweise gefallenen Aeußerung Bismarcks, worin der Fürst eine Mediation des Papstes als einen guten Ausweg in der spanisch-amerikanischen Verwickelung bezeichnete. Daß ein formelles Vermittelungs-Versuchen des Papstes erfolgt sei, wird amerikanischerseits entschieden in Abrede gestellt. In Washington, wo überhaupt große Abneigung gegen europäische Mediationsversuche besteht, würde man höchstens auf eine Intervention Leos XIII. zur Einstellung der Feindseligkeiten eingehen. Ob die Vorkämpfer des angeblich unpäßlichen Präsidenten Mac Kinley unmittelbar beordert oder in Folge der Mediationsversuche einen „Ausflug“ erleiden wird, ist noch ungewiß. Als moralisches Moment löst sich heute aus der Situation ein Manöver der kubanischen Colonial-Regierung an die Aufständischen, welches dieselben zur Einstellung der Feindseligkeiten auffordert und eine allgemeine Amnestie in Aussicht stellt. Darin heißt es wörtlich: Die Autonomie ist der Friede und die Eintracht, die Niemanden ausschließt. Alle beruht, allen geistlichen Ansprüchen das Feld öffnet, der Willkür den Zugang verweigert und eine Politik der Biedergerutmachung symbolisirt. Das Land muß mit Gerechtigkeit und Billigkeit antworten, da die Selbstständigkeit Cubas anerkannt ist. Diejenigen, die alles Vertrauen auf den trügerischen Edelmut und den Ehrgeiz des Auslandes setzen, sind blind; sie werden grausame Enttäuschungen erfahren. Die Kammer sind zusammenberufen, wo die Cubaner ihre Wünsche auseinandersetzen können und wo die Majorität als Dolmetsch der Gefühle der Allge-

meinheit über ihre eigene Regierung schlüssig werden wird. Die Regierung der Insel wendet sich an alle diejenigen, welche kämpfen, auf daß sie auf die Gerechtigkeit vertrauen. Der Lärm der Waffen schweigt. Umarmen wir uns brüderlich, gehen wir mit Klarheit und Klugheit ans Werk, berathen wir mit Ruhe, entscheiden wir uns, ohne irgend Jemanden zu demüthigen. Der Augenblick ist gekommen, um die Feindseligkeiten zu beenden und die Eintracht herzustellen. Wir hoffen, daß die Initiative, indem wir Allen mit der Zustimmung des Mutterlandes das Leben garantiren. Weihen wir uns der Herstellung des inneren und äußeren Friedens und verzweihen wir nicht an dessen Aufrechterhaltung. Dank unserer Liebe zu Cuba! Ein bereites Selbstgeständnis der von Spanien auf Cuba gemachten Fehler liegt in dem Worte „Wiedergutmachung“, eine unverfälschte Warnung vor den amerikanischen Annexionsgelüsten in dem Worte vom „früherer Gebühre“. Man wird in dieser Kundgebung den von Mac Kinley erwarteten formellen spanischen Vorschlag an die Aufständischen auf Abschluß eines Waffenstillstandes erblicken dürfen. Die cubanische Localregierung konnte diesen Vorschlag machen, ohne sich und der Madrider Regierung etwas zu vergeben, ob aber die Aufständischen darauf eingehen werden, bleibt dahingestellt.

Die hiesige „Post“ schreibt aus Washington: die Vorkämpfer Mac Kinleys werde darlegen, Spanien habe seine völlige Unfähigkeit zu regieren bewiesen. Der amerikanische Handel habe empfindlich gelitten, die Critiken amerikanischer Zeitungen werde durch die gegenwärtigen Zustände gefährdet. Die Vorkämpfer mache Spanien für den Unfall der „Maine“ verantwortlich; sie mache zwar keine direkten Vorschläge, aber gebe deutlich der „Maine“ Ausdruck, daß eine bewaffnete Intervention die Ordnung und den Frieden wiederherstellen werde. Die Vorkämpfer empfiehlt nicht die Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas, da die cubanische Localregierung keine angemessene Regierungsform hätten. Die Vorkämpfer, welche gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung sei, erklärt, die Vereinigten Staaten werden alle weiteren Verhandlungen einstellen und keine Vermittelung annehmen. Dem „Journal“ wird aus Habana gemeldet: General-Consul Lee habe allen dort wohnenden Angehörigen der Vereinigten Staaten bekannt gegeben, sie müßten bereit sein, Cuba nach heute zu verlassen. Derselben hat auch San Domingo telegraphisch, es verlautet dort, die Vereinigten Staaten hätten sich die Controlle für eine Insel in der Samana-Bucht als „Fohlenstation“ gesichert. Große Mengen Kohlen träfen dort ein.

Dr. v. Miquel über die Polenpolitik.

In der vergangenen Woche hat Herr Dr. v. Miquel, herausgefordert durch den kürzlich in Warschau im preussischen Herrenhause eine Rede gehalten, die zu dem Gediegensten gehört, was je über die polnische Propaganda gesagt worden ist und auch deshalb Interesse verdient, weil sie den beweglichen Herrn Staatsminister auf die neuerdings wieder eingeschlagene Polenpolitik als auf eine Saats-nothwendigkeit stellt. Wir können aus diesen Gründen keine Darlegungen in ihren wichtigsten Stellen folgen Herr v. Miquel führte aus:

Meine Herren! Der Herr Fürst Bismarck stellt gegenüber diesem (Anfänger-)Geiz, das er als ein Geiz zur Verfolgung der Polen und polnischen Bestrebungen bezeichnet, die Frage, ob es denn nicht berechtigt sei, daß die Polen nun ihrerseits ein Geiz verlangen zur Verbindung antipolnischer Bestrebungen. In diesem einfachen Gedankenzusammenhang liegt die vollkommen falsche Auffassung und auch für die Polen bedeutliche Stelle, von der der verehrte Herr ausgeht. Herr Fürst Bismarck vertritt einfach, daß die Polen nun einmal zu einem deutschen Staate gehören und sich die Lebensbedingungen gefallen lassen müssen, die Lebensnotwendigkeiten für den preussischen Staat sind. Es ist ganz etwas Anderes, ein Geiz zum Schutze des Deutschthums in einem deutschen Staate zu erlassen, als wenn eine Minderheit, ein verhältnismäßig kleiner Theil der Bevölkerung des preussischen Staates, den Gedanken ausdrückt, dann seien die Polen ebenjokur berechtigt, ein Geiz von diesem Staate zu verlangen gegen antipolnische Bestrebungen. Meine Herren, im Uebrigen dreht die Debatte sich um die Frage: Wer ist nun eigentlich der schuldige Theil? Die Herren lagen uns Deutschen und Preußen ganz einfach ins Gesicht: Der schuldige Theil seid ihr. Wir Polen haben nie etwas gethan, nie etwas angestrebt, was irgendwie dem preussischen Staate schädlich sein könnte. Ihr habt die Verprechungen eines edlen preussischen Königs, Friedrich Wilhelm's III., gebrochen. Ihr seid also die Schuldigen. Der Herr Fürst Bismarck hat angeführt, in dem Einverleibungsgebieth sei den Polen die Aufrechterhaltung ihrer Sprache und Sitze zugesagt. Wer hat denn durch irgend welche Zwangsgelege die Aufrechterhaltung polnischer Sitze betämpft? Da muß man in andere Länder gehen, die solche Maßnahmen treffen, in dem toleranten deutschen Staate Preußen kommt so etwas nicht vor. Wer hat ihnen ihre Sprache nicht gelassen? Der Herr Fürst kann über die Grenze gehen, da findet man, wie die polnische Sprache verboten wird, bei uns nicht. Wenn wir die Polen deutsch lehren und sie auch dazu wie alle übrigen Deutschen zwingen, Deutsch zu lernen, so ist das für die Polen selbst die größte Wohlthat, und ich habe heute zum ersten Mal gehört, daß die Polen selbst nicht begreifen, daß ihr Fortkommen, ihre kulturelle Entwicklung von dieser Zweisprachigkeit abhängt. Die Polen leben nun einmal nicht in einem polnischen Staate, sondern in einem deutschen Staate. Meine Herren, Sie sprechen immer von Leiden und Klagen. Wer hat Sie denn gezwungen, nach Döberich zu gehen und dort offensive polnische Agitation zu machen, während Oberhessen doch niemals zum alten Polen gehört hat? Wer zwingt denn die Polen, die heute nach Westfalen gehen, daß sie sich sofort dort wieder absondern, gewissermaßen einen Staat im Staate bilden wollen, in dem alten deutschen Lande Westfalen? Sie wollen uns motorische Dinge abstreifen. Nicht bloß das gesellschaftlich, nicht bloß auf geistigem Gebiete, auch wirtschaftlich fordern Sie sich zu Ihrem eigenen Schaden ab (Zurück: der Sprache wegen), nicht allein der Sprache wegen, Herr Fürst, denn da, wo Sie gezwungen sind, mit den